

Vizepräsidentin Petra Pau

- (A) Der Ausschuss für Gesundheit empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/5261, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 18/4282 in der Ausschussfassung anzunehmen. Hierzu liegen vier Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor, über die wir zuerst abstimmen.

Änderungsantrag auf Drucksache 18/5263. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Änderungsantrag auf Drucksache 18/5264. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Änderungsantrag auf Drucksache 18/5265. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Änderungsantrag auf Drucksache 18/5266. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

- (B) Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/5267. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

Wir setzen die Abstimmungen zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit auf Drucksache 18/5261 fort.

Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/4322 mit dem Titel „Gesundheitsförderung und Prävention konsequent auf die Verminderung sozial bedingter gesundheitlicher

Ungleichheit ausrichten“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen. (C)

Unter Buchstabe c empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/4327 mit dem Titel „Gesundheit für alle ermöglichen – Gerechtigkeit und Teilhabe durch ein modernes Gesundheitsförderungsgesetz“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Katja Kipping, Sabine Zimmermann (Zwickau), Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Armuts- und Reichtumsbericht qualifizieren und Armut bekämpfen**Drucksache 18/5109**

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen. (D)

Ich bitte wiederum, die notwendigen Umgruppierungen in den Fraktionen zügig vorzunehmen und die notwendige Aufmerksamkeit herzustellen. – Diese Bitte bezieht sich auch auf die unabweislich zu führenden Gespräche; man kann sie ebenso außerhalb des Plenarunds führen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Katja Kipping für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Katja Kipping (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Alle vier Jahre erscheint der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, und diese Berichte könnten eine gute Grundlage sein, um etwas gegen die soziale Spaltung in diesem Land zu tun. Wohlgermerkt: könnten. Oft ist die politische Praxis eine andere.

Der Armuts- und Reichtumsbericht spiegelt die sozialen Verhältnisse in diesem Land wider und ist sozusagen eine Art Check der sozialen Verhältnisse, eine Art Sozial-TÜV. Das Problem ist nur: Die Erstellung dieses Sozial-TÜVs liegt komplett in den Händen der Bundesregierung. Sie erstellt ihren Sozial-TÜV also selber. Stellen Sie sich einmal vor, jedem von uns wäre es erlaubt, den TÜV für das eigene Auto selber durchzuführen. Dann würden sicherlich manche Verkehrsmittel trotz nicht mehr gut funktionierender Bremsen zugelassen

Katja Kipping

- (A) werden. Das würde die Verkehrssicherheit nicht wirklich erhöhen. Offensichtlich funktioniert das bei Fragen der sozialen Sicherheit auch nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Erinnern wir uns nur an den vorangegangenen Armuts- und Reichtumsbericht 2013. Damals war noch Frau von der Leyen die Ministerin.

(Daniela Kolbe [SPD]: Es ist wichtig, das zu sagen!)

Auf Druck der FDP wurden besonders kritische Passagen einfach entfernt. Die SPD kritisierte das damals zu Recht sehr stark, heute stellt die SPD die Ministerin, und von einer unabhängigen Erarbeitung ist keine Rede mehr. Wir Linke meinen: Diese Praxis muss ein Ende haben, ganz unabhängig davon, welches Parteibuch die zuständige Ministerin hat. Der Armuts- und Reichtumsbericht muss von einer unabhängigen Kommission erarbeitet werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir hören von einigen Fachleuten sehr wohl, dass die Erarbeitung inzwischen etwas transparenter erfolgt. Das ist natürlich sehr erfreulich. Ärgerlich ist jedoch die Aussage von Andrea Nahles zum Armutsbegriff. So behauptet Andrea Nahles in der *Süddeutschen Zeitung*, der Ansatz der Armutsrisikogrenze führe in die Irre. Angenommen, der Wohlstand würde explodieren, dann bliebe nach dieser Definition das Ausmaß der Armut gleich.

- (B) (Dagmar Ziegler [SPD]: Rein rechnerisch stimmt das!)

– Dieses Zitat und übrigens auch Ihr Zwischenruf zeigen: Die Sozialministerin und Sie haben die Art und Weise der Berechnung der Armutsrisikogrenze nicht verstanden.

Die Armutsrisikogrenze beträgt 60 Prozent des Medians.

(Dagmar Ziegler [SPD]: Richtig!)

Da das etwas kompliziert ist, lassen Sie mich das noch einmal erklären.

Mit dem Median ist nicht einfach nur der rechnerische Durchschnitt gemeint.

(Dagmar Ziegler [SPD]: Das ist klar!)

Bei der Ermittlung des Medians müssen Sie alle Einkommen vom kleinsten bis zum größten wie die Orgelpfeifen aufreihen. Der Median liegt dann genau in der Mitte. Ich erkläre das an einem Beispiel: In der Zahlenfolge 1, 2, 3, 4, 5 liegt der Median in der Mitte: die Zahl 3. In der Zahlenfolge 1, 2, 3, 4, 500 liegt der Median immer noch in der Mitte. Das heißt, diese Methode ist robust gegen Abweichungen nach oben oder nach unten.

Ich habe Verständnis, wenn Nichtfachleute sagen, das sei eine komplizierte Materie. Von einer Sozialministerin kann man aber erwarten, dass sie das weiß und nicht gegen den Armutsbegriff polemisiert.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Alle bisher versuchte Schönfärberei konnte eine Tatsache aber nicht verschleiern: Fakt ist, dass es in diesem Land eine extrem ungleiche Verteilung der Vermögen gibt. Während die einen im Reichtum schwimmen, können sich die anderen im Sommer nicht einmal mehr den Eintritt ins Schwimmbad für ihre Kinder leisten. In Zahlen ausgedrückt: Während die untere Hälfte der Bevölkerung faktisch null Vermögen hat, haben die reichsten 10 Prozent fast zwei Drittel des Vermögens.

Diese Zahlen rufen doch geradezu nach einer Wiedereinführung der Vermögensteuer. Es ist erschreckend, zu beobachten, dass Sigmar Gabriel auch dieses Umverteilungsinstrument offensichtlich wieder zu Grabe trägt.

(Beifall bei der LINKEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Er will halt nicht gewählt werden!)

Doch nicht nur bei solchen Instrumenten zur Umverteilung von oben nach unten mangelt es der schwarz-roten Regierung offensichtlich am politischen Willen, dies zu ändern. Auch wenn es darum geht, Schikanen für arme Menschen zu beenden, sind Sie auffallend tatenlos. Ich muss mich schon wundern, dass es auch in den Reihen der SPD sehr still geworden ist, wenn es darum geht, die konkrete Hartz-IV-Sanktionspraxis zu kritisieren. Als Sie noch in der Opposition waren, waren Sie da deutlich kritischer.

Aber nicht nur die großen Baustellen wie die Hartz-IV-Sanktionen werden nicht angegangen. Auch bei vermeintlich kleineren sind Sie erstaunlich tatenlos. Ich will nur ein Beispiel nennen: die Anrechnung von Verköstigung auf die Regelsätze. Was das heißt, hat mir neulich ein junger Dresdner vor Augen geführt. Er hat eine Behinderung und engagiert sich trotzdem ehrenamtlich. Er arbeitet in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen.

(D)

Da die Entlohnung dort gering ist, ist er auf aufstocckende Sozialleistungen angewiesen. Das bisschen, was ihm monatlich zusteht, wird auch noch um 34 Euro gekürzt. Der Grund ist folgender – jetzt zitiere ich aus dem Bescheid –: „Sie erhalten in der Werkstatt ein kostenfreies Mittagessen. Die Regelbedarfsstufe wird daher um den Betrag des kostenfreien Mittagessens in der Werkstatt in Höhe von 34 Euro monatlich gekürzt.“ Das muss man sich einmal vergegenwärtigen: Von der ohnehin niedrigen Sozialhilfe werden mit Verweis auf das kostenfreie Kantinenessen noch 34 Euro im Monat abgezogen. Da könnte man sich in Grund und Boden schämen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Empörende dieser Regelung wird deutlich, wenn wir diese Situation mit der von uns Abgeordneten vergleichen. Wir bekommen in jeder Sitzungswoche Einladungen zu parlamentarischen Abenden, bei denen in der Regel recht gut für Essen und Trinken gesorgt wird. Niemand ist auf die Idee gekommen, uns deswegen für Drinks und Schnittchen eine Pauschale von den Diäten abzuziehen, obwohl wir das finanziell verkraften wür-

Katja Kipping

- (A) den. Der junge Mann hingegen braucht die 34 Euro dringend, um über die Runden zu kommen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Regelung ist nur eine von vielen, die armen Menschen das Leben in diesem Land schwer macht und die abgeschafft gehört, so wie im Übrigen das gesamte Hartz-IV-Sanktionssystem durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt gehört.

(Beifall bei der LINKEN)

Kurzum – ich komme zum Schluss –: Es braucht eine unabhängige Berichterstattung. Es braucht den politischen Willen, auf die guten Erkenntnisse die richtigen politischen Taten folgen zu lassen. Das Ziel muss sein, alle Menschen in diesem Land sicher vor Armut zu schützen. Das Ziel muss sein: Freiheit von Existenzangst für alle!

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt Professor Dr. Matthias Zimmer, CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Zimmer.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Matthias Bartke [SPD])

- (B) **Dr. Matthias Zimmer** (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst einmal auf zwei Dinge eingehen, die Frau Kipping gesagt hat. Erster Punkt. Ich habe keinerlei Anlass, gegenüber der Bundesregierung misstrauisch zu sein, dass sie keinen vernünftigen und nach dem Stand der Wissenschaft klaren und sauberen Armuts- und Reichtumsbericht vorlegt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Katja Kipping [DIE LINKE]: Wäre ich an Ihrer Stelle auch nicht!)

Das hat sie im Übrigen auch beim letzten Mal getan.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Ich habe es bisher auch noch nicht erlebt, dass es einen Bericht gegeben hätte, der in irgendeiner Weise geschönt wäre, zumal, liebe Frau Kipping, wir als Große Koalition überhaupt keinen Anlass hätten, einen Bericht zu schönen; denn unsere Zahlen können sich durchaus sehen lassen.

(Beifall der Abg. Kerstin Griese [SPD])

Zweiter Punkt: die Kritik an der Ministerin, was die Armutsrisikogrenze angeht. Ich halte das, was die Ministerin an dieser Stelle gesagt hat, für richtig; denn in der Tat ist die Diskussion um die Armutsrisikogrenze eine schwierige. Die Armutsrisikogrenze stellt nämlich eine Relation, keine absolute Zahl und keine absolute Armut dar.

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Armut ist ja auch relativ!)

(C)

Vielmehr ist sie, wie Sie das richtig dargestellt haben, Frau Kipping, eine Relation. Wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung hat, gilt als armutsgefährdet.

Nun wurde im letzten Armuts- und Reichtumsbericht festgestellt: Das Einkommen von 15 Prozent der Menschen in Deutschland liegt unter der Armutsrisikogrenze. Nun ist eines ziemlich verblüffend: Wenn man jedem einzelnen Menschen in Deutschland pro Monat 5 000 Euro auf die Hand geben würde – bei gleichen Preisen – wäre die Armutsrisikoquote immer noch gleich hoch;

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur dass die Preise nicht gleich bleiben!)

denn es hat sich ja in der Relation nichts geändert. Das ist schon einigermaßen schwer zu erklären. Das begründet aus meiner Sicht, warum die Ministerin zu Recht sagt, dass diese Armutsrisikoquote einigermaßen problematisch ist.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, wenn jeder 5 000 bekäme! Das ist eine Fiktion!)

Ganz bunt wird es aber bei dieser Armutsrisikoquote, Frau Kipping, wenn wir uns ein Szenario einer kompletten Umverteilung ausdenken. Alle Vermögenswerte werden enteignet; jeder bekommt nur 200 Euro monatlich vom Staat als eine Art bedingungsloses Grundeinkommen unabhängig von Arbeit. In diesem Szenario wäre keiner arm, weil keiner weniger als das Medianeinkommen erhält.

(D)

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Das stimmt doch nicht!)

Das ist ebenfalls ein wenig verrückt: Man könnte aus Mangel an Geld verhungern, aber arm ist man nicht.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Herr Kollege Zimmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Matthias W. Birkwald?

Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU):

Weil das „W“ so schön ausgesprochen wird, natürlich gerne.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Ja, er legt darauf besonderen Wert.

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE):

Ganz besonders herzlichen Dank an Frau Präsidentin und auch an Sie, Herr Kollege Zimmer. – Herr Kollege Zimmer, Sie haben sehr viel aufgezählt, was alles Armut nicht ausmacht und schöne Rechenbeispiele dargelegt. Ich habe zwei Bitten. Erstens. Sagen Sie uns doch bitte, wer aus Ihrer Sicht in der Bundesrepublik Deutschland

Matthias W. Birkwald

- (A) als arm zu bezeichnen ist. Wo liegt aus Ihrer Sicht die Armutsgrenze?

Zweitens. Ihr Beispiel der 5 000 Euro klingt wohlfeil. Wenn man es zu Ende denkt, dass wir alle 5 000 Euro monatlich bekämen, würden die Preise mit Sicherheit – darüber würde ich Ihnen eine Wette anbieten – deutlich steigen. Dann wäre zum einen der Effekt schnell verpufft. Zum anderen zielt der Begriff der relativen Armut, der in Europa komplett anerkannt ist, darauf ab, dass alle Menschen auch die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe haben sollen. Es handelt sich dabei um einen europäischen Standard. Was Sie machen, führt dazu, dass sich die Reichen große Autos und Flugzeuge leisten können – das sind die Statussymbole des 21. Jahrhunderts –; aber für die Armen wollen Sie die Standards des 18. Jahrhunderts festlegen. Das funktioniert nicht. Schließlich fahren auch die Reichen heute nicht mehr in Kutschen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Es ist wesentlich schlimmer, in einem reichen Land arm zu sein, als wenn alle ungefähr dasselbe haben. Ich bitte Sie, etwas dazu zu sagen. Denn die skandinavischen Länder zeigen, dass es anders geht. Dort sind viele Menschen nahe beieinander auf einem hohen Niveau, und alle sind glücklich.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU):

- (B) Lieber Herr Kollege Birkwald, das mache ich natürlich gerne. Der erste Punkt ist: Ich habe nur das aufgenommen, was die Kollegin Kipping an der Ministerin kritisiert hat, und gesagt, ich kann das, was die Ministerin an dem Armutsquotienten kritisiert hat, gut nachvollziehen, weil der Armutsbegriff in der Tat zwei Facetten hat. Er ist auf der einen Seite eine statistische Relation, die durchaus Sinn macht. Auf der anderen Seite ist er aber ein Kampfbegriff, und die Art und Weise, wie gerade Ihre Fraktion diesen Begriff verwendet, zeigt, dass man eine genaue Abgrenzung treffen muss, damit man das eine nicht mit dem anderen verwechselt.

Was den zweiten Punkt angeht, haben Sie Ihre Frage ein wenig zu früh gestellt. Denn auf die Frage, was Armut eigentlich ist, wollte ich im Laufe der Rede noch eingehen. Vielleicht ist die Frage mit Ihrem Einverständnis damit beantwortet, und ich fahre fort und stille im weiteren Verlauf der Rede Ihren Wissensdurst.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Dann setze ich mich jetzt!)

Meine Damen und Herren, aus diesem Grund muss man, denke ich, einen genauen Blick auf die Zahlen werfen. Gottfried Benn hat einmal gesagt: Wir müssen mit unseren Beständen rechnen statt mit Parolen. Dazu hat der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht einige gute Grundlagen gelegt. Er belegt beispielsweise, dass sich die Schere bei den Einkommen seit 2007 langsam schließt. Das ist vermutlich auch auf die Wirkungen der Arbeitsmarktreformen zurückzuführen, aber ich will niemanden in Verlegenheit bringen.

Er belegt auch, dass die Vermögenskonzentration in den letzten 20 Jahren leicht zugenommen hat. Der Gini-Koeffizient, das Maß gesellschaftlicher Ungleichheit, ist aber in etwa gleich geblieben. Übrigens vermute ich, dass der nächste Bericht deutlich machen wird, dass die Einführung des Mindestlohns einen positiven Einfluss auf die Einkommensrelationen und den Gini-Koeffizienten hat. Gleichwohl ist der Mindestlohn, anders als Sie in Ihrem Antrag annehmen, kein Instrument zur Armutsbekämpfung, sondern eine Maßnahme zur Ordnung des Wettbewerbs auf dem Arbeitsmarkt.

Etwas anders sieht es aus, wenn man die Einkommens- und Vermögensentwicklungen langfristiger betrachtet. Hierzu greife ich die Ergebnisse der Studie von Thomas Piketty über das Kapital im 21. Jahrhundert auf. Demnach ist die Ungleichheit der Einkommen in den letzten 120 Jahren bis zum Beginn der 80er-Jahre deutlich zurückgegangen und hat sich seither moderat erhöht. Ähnliches gilt für die Vermögensverteilung. Dabei unterscheiden sich Europa und die USA deutlich, nicht zuletzt auch deshalb, weil es unterschiedliche Auffassungen über das Verhältnis der Wirtschaft zum Sozialstaat gibt.

Wichtig ist mir aber eines: Die von Piketty als Tendenz herausgearbeitete Faustformel, dass die Kapitalrendite immer höher sei als das Wirtschaftswachstum, hat offensichtlich nicht dazu geführt, dass es zu einer Konzentration der Vermögen gekommen ist. Überdies ist auch der Hinweis wichtig und richtig, dass es immer wieder wechselnde Personen sind, die Vermögen besitzen. Joseph Schumpeter hat das einmal mit dem Bild des kapitalistischen Hotels beschrieben: Das Hotel ist zwar immer voll, und auch die Suiten sind immer gut belegt, aber die Gäste wechseln. Schumpeter hat das auf den produktiven Neid zurückgeführt, der zu wirtschaftlicher Aktivität führt und zu den Prozessen schöpferischer Zerstörung, der alte Strukturen – im Übrigen auch alte Vermögen – zerstört und neue schafft. Ich will Schumpeter in einem folgen: Ich halte produktiven Neid für sinnvoller als den unproduktiven Neid, der nur zum Ziel hat, den Reichen ihren Reichtum zu nehmen. So funktioniert Wohlstand für alle nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich halte ein bestimmtes Maß an gesellschaftlicher Ungleichheit für durchaus vernünftig, wie Piketty im Übrigen auch. In der sozialen Marktwirtschaft ist es diese Ungleichheit, die auch Triebfeder für Innovation und Fortschritt ist. Wir haben ein Eigeninteresse daran, dass die Ungleichheit nicht zu groß wird, weder nach oben noch nach unten. Deshalb brauchen wir die Armuts- und Reichtumsberichte, und deswegen ist es sinnvoll, zu formulieren, was wir von solchen Berichten erwarten. Da ist die Armutsrisikoquote eine interessante Zahl. Aber spannender ist es, den Blick zu weiten, zum Beispiel auf die Antworten, die wir in der letzten Legislaturperiode auf die Frage nach einem Wohlstandsindikator gegeben haben. Wohlstand findet seinen Ausdruck eben nicht nur in der Einkommens- und Vermögensverteilung, sondern zum Beispiel auch in der Beschäftigungsquote, der Bildungsquote, dem Maß an individueller Frei-

Dr. Matthias Zimmer

- (A) heit, der Schuldenstandsquote und der Gesundheit. Die Liste der Beispiele ließe sich beliebig fortsetzen.

Wichtig ist mir, dass wir Chancen abbilden, um die Armutsrisiken abzubauen zu können. Ich würde mich freuen, wenn sich davon einiges im nächsten Armuts- und Reichtumsbericht wiederfände; darauf deutet das eine oder andere hin. Dann können wir über Chancen und Befähigungen sprechen, Armut zu bekämpfen, und müssen nicht lediglich über die Umverteilung von Vermögen diskutieren. Armut wird nicht dadurch bekämpft, dass man Menschen Geld in die Hand drückt. Armut bekämpfen wir nachhaltig am besten, indem wir Menschen befähigen, indem wir ihnen Möglichkeiten eröffnen und Chancen bieten, sich selbst zu helfen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das eine muss das andere nicht ausschließen!)

Deutschland ist – anders als es die Linke glauben machen will – kein Land, das in sich gespalten ist. Die soziale Marktwirtschaft setzt einen Rahmen, der für Fairness und Ordnung sorgt und dem Schwachen hilft. Hierum werden wir beneidet; denn wir verbinden wirtschaftlichen Erfolg und soziale Gerechtigkeit. Wir wollen eben gerade nicht den rücksichtslosen Liberalismus des Stärkeren, den sozialdarwinistischen Kampf in der Wirtschaft. Dazu habe ich ein interessantes Zitat im Brief von Paulus an die Galater gefunden. Dort heißt es:

So ihr euch aber untereinander beißt und fresset, so seht zu, dass ihr nicht untereinander verzehrt werdet.

- (B) Bei diesem Zitat habe ich keine Sekunde an den Zustand unserer sozialen Marktwirtschaft gedacht, ein wenig aber schon an die inneren Turbulenzen bei den Linken, denen ich diese Mahnung von Paulus gerne mit auf den Weg gebe.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Katja Kipping [DIE LINKE]: Kallauer!)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gab eine Zeit, in der noch keine Armuts- und Reichtumsberichte veröffentlicht wurden. Das war vor 1998. Damals hat jede Regierung behauptet, dass es Armut in unserem Land nicht gibt. Dabei hat es keine Rolle gespielt, ob die SPD oder die Union regiert hat. Alle haben Armut negiert.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Als die Grünen mitregiert haben, hat es auch keine Armut gegeben!)

– Wir haben leider erst seit 1998 regiert. Damals war auch noch die FDP in der Regierung. – Die Meinungen über die Existenz von Armut schwankten natürlich.

- Wenn man in der Opposition war, gab man die Existenz von Armut doch zu. (C)

Dann ist es unter Rot-Grün tatsächlich gelungen, eine regelmäßige Armuts- und Reichtumsberichterstattung einzurichten. Ich würde sagen, es war richtig, zu fordern, dass der Bericht von der Bundesregierung kommt, weil dann endlich die Bundesregierung selber darstellen musste, wie groß die Armut in Deutschland ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Deswegen bin ich etwas skeptisch, was das Outsourcing in eine unabhängige Kommission angeht. Auch da gab es unter Rot-Grün die eine oder andere Erfahrung, die vielleicht nicht so positiv war.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Die Hartz-Kommission?)

Damals haben wir die Debatte über Themen ausgelagert, die eigentlich hier in den Bundestag gehört hätten. An der Stelle kann man, wie ich glaube, durchaus die Beteiligungsmöglichkeit verbessern.

Es ist tatsächlich einigermaßen transparent, was passiert. Es gibt die Internetadresse www.armuts-und-reichtumsbericht.de, auf der man sehen kann, welche Gutachten vergeben worden sind und dass Symposien stattgefunden haben. Allerdings ging das alles am Parlament vorbei. Es wäre, glaube ich, eine Überlegung wert, ob man nicht am Anfang dieses Prozesses auch hier im Bundestag eine Debatte führt, bei der der Bundestag die Möglichkeit hat, der Bundesregierung mitzugeben, welche Themen und welche wichtigen Fragen in dem Armuts- und Reichtumsbericht behandelt werden sollen. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Fragen liegen auf der Hand. Ich will betonen: Das ist ein Armuts- und Reichtumsbericht. Die Behauptung, die Matthias Zimmer aufgestellt hat, könnte einmal geprüft werden.

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Sie ist falsch!)

Ich halte es für ziemlich absurd, zu behaupten, dass die Reichen Vermögen zwischen den Personen ständig wechseln. Mir ist nicht bekannt, dass Milliardäre oder auch nur Millionäre dauernd ihr Vermögen verlieren

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Und in Hartz IV landen!)

und andere dann so hohe Vermögen anhäufen. Es wäre vielleicht im unteren Einkommensbereich wünschenswert, wenn es da Bewegung gäbe – darauf komme ich gleich zurück –, aber bei den großen Vermögen ist es so, dass die Reichen relativ stabil oben auf der Skala sind. Das ist ein Problem, das unbedingt angegangen werden muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das ist auch etwas, was Piketty in seinem Buch beschreibt. Gestern hatte ich eine schöne Veranstaltung,

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

- (A) auf der ich über Piketty einen Vortrag gehalten habe. Er beschreibt, dass die Vermögen in den letzten Jahren sehr stark angestiegen sind. Was er bei der Vermögensverteilung vor allen Dingen beklagt, ist, dass wir in Deutschland dadurch ein Demokratieteilproblem haben. Er kommt nicht mit dem erhobenen Zeigefinger und spricht nicht von den bösen Reichen, die so viel Geld hätten, weswegen er auf sie neidisch sei, sondern er sagt: Es ist ein Problem für die Demokratie, wenn das Vermögen so stark konzentriert ist und so viel Macht in der Hand von einigen wenigen liegt. – Das ist eine Debatte, die wir natürlich auch hier im Parlament führen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Was die andere Seite betrifft, die Armut, so gibt es gerade die Diskussion über die Armutsmessung. Darüber können wir jetzt lange wissenschaftliche Diskussionen führen und uns fragen, was das richtige Maß ist. Ich habe dazu schon veröffentlicht. Auch an der Stelle muss man vielleicht einmal in die Vergangenheit schauen. In den 90er-Jahren bestand ein heilloses Chaos bei der Frage, welche Armutsmasse verwendet werden sollten. 2001 gab es einen Prozess auf europäischer Ebene, an dem auch ich als Wissenschaftler beteiligt war. Damals gab es eine Einigung auf ein Armutsmass, das seitdem in der Europäischen Union verwendet wird. Es ist sehr gut, dass es damals eine Einigung gab.

- (B) Dadurch haben wir dieses Chaos nicht mehr. Es wurde als Armutsgrenze der Wert von 60 Prozent des Medianeinkommens festgelegt, die sogenannte modifizierte OECD-Skala. Das ist relativ kompliziert, aber das ist die Messung des Bruttoinlandsprodukts auch. Bei der hatten wir letztes Jahr eine Veränderung. Jetzt fließen auf einmal Gewinne aus Drogenhandel und Schmuggel ebenfalls in das Bruttoinlandsprodukt ein. Die Berechnung des BIP hingegen ist noch nicht von der Union kritisiert worden. Das habe ich zumindest noch nicht mitbekommen.

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Doch!)

– Matthias Zimmer und die Enquete-Kommission nehme ich da einmal aus, aber im Allgemeinen noch nicht.

Ich glaube, es ist gut, dass wir da ein einheitliches Maß haben. Die Bundesregierung sollte sich daran halten. Das tut sie beim EU-2020-Prozess nicht. Sie hält sich nicht an europäische Indikatoren, sondern sie hat sich einen eigenen Indikator ausgedacht. Man stelle sich einmal vor, Griechenland würde sagen: Wir berechnen das BIP jetzt ganz anders. – Was gäbe es hier für einen Aufstand! Die Bundesregierung nimmt sich das bei der Armutsbekämpfung heraus. Das ist meines Erachtens ein Skandal.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Da meine Zeit schon abgelaufen ist,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nur die Redezeit!)

- (C) kann ich jetzt nicht mehr weiter auf die Armutssituation eingehen. Ich empfehle, den aktuellen DIW-Wochenbericht zu lesen, in dem klar steht, dass die Einkommensverteilung in den letzten 15 Jahren stark auseinandergegangen ist und sich die Lücke nicht geschlossen hat. Es steht darin, dass die Kinderarmut immer noch extrem hoch ist, dass die Armut von Erwerbstätigen stark steigt und dass die Altersarmut steigt. Auch das muss in dem Armutsbericht klar und deutlich formuliert werden. Dann kommt die politische Schlussfolgerung, und darüber debattieren wir dann hier im Plenum.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Daniela Kolbe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Daniela Kolbe (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal zum Antrag der Linken. Insbesondere dem ersten Satz dieses Antrags möchte ich vollumfänglich zustimmen. Er lautet:

Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung ist im Grundsatz ein wichtiges und geeignetes Instrument zur Analyse der sozialen Wirklichkeit in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(D) Dem möchte ich zustimmen. Es ist wirklich so: Wir haben das unter Rot-Grün im Jahr 2000 miteinander beschlossen. Deutschland war bis dahin in diesem Zusammenhang ein absolutes Entwicklungsland. Niemand wusste genau Bescheid. Alle haben reden können – Herr Strengmann-Kuhn hat das ausgeführt –, was sie wollten. Das ist seitdem nicht mehr so. Die Große Koalition hat 2005 ein regelmäßiges Erscheinen des Armuts- und Reichtumsberichts beschlossen. Es war von Anfang an so, dass der Bericht keine reine Sache des Ministeriums war, sondern es waren immer Verbände und auch Sachverständige eingebunden. Das ist mal mehr, mal weniger gut gelungen, in der Tat; aber sie waren eingebunden.

Ich persönlich finde, dass die Federführung beim BMAS sachlogisch durchaus richtig ist, nicht nur, weil dort die Expertise, das Know-how und die Kompetenz für solch große Fragen angesiedelt sind, sondern auch, weil dem Armuts- und Reichtumsbericht so die Bedeutung zukommt, die ihm gebührt. Alle Medien berichten darüber, wenn der Armuts- und Reichtumsbericht veröffentlicht wird. Das hat auch mit dem Absender zu tun: Ein Ministerium beschäftigt sich mit einer solch spannenden Frage und setzt sich damit auch kritisch auseinander. Insofern sagt die SPD ganz klar – das hat sie übrigens immer getan, Frau Kipping –: Das ist in Ordnung so. Wir haben das so eingeführt, und so wollen wir das auch beibehalten. Das ist eine Aufgabe des Ministeriums, und dem muss es auch nachkommen.

Daniela Kolbe

- (A) In der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, der auch Herr Professor Zimmer angehört hat, haben wir uns mit der Frage „Was ist Wohlstand?“ auseinandergesetzt. Diese Frage hat sehr viel mit dem Thema „Armut und Reichtum“ zu tun. Wir waren uns alle miteinander ziemlich schnell einig, dass es natürlich nicht nur um die reine Größe des materiellen Wohlstandes einer Gesellschaft geht, sondern dass ganz entscheidend ist, wie dieser Wohlstand verteilt ist, insbesondere wie Einkommen und Vermögen in der Gesellschaft verteilt sind; denn daran entscheidet sich die Frage, ob wir dem Ideal nahekommen, dass alle Menschen etwas aus ihrem Leben machen können, dass sie ein Leben nach ihren Vorstellungen führen können und aus den Ressourcen, die ihnen mitgegeben sind, wirklich schöpfen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In der Tat verstecken sich dahinter auch einige ganz spannende statistische Fragen. Wir wissen nach wie vor trotz vier Armuts- und Reichtumsberichten relativ wenig über extremen Reichtum in diesem Land, und wir wissen auch relativ wenig über Armut, insbesondere über verdeckte Armut. Ich finde, es lohnt sich, da weiterhin nach wie vor ganz genau hinzuschauen. Denn wenn wir die Wirklichkeit verändern wollen, dann müssen wir auch die Daten und Fakten kennen. Das ist nicht trivial. Ich denke, es lohnt sich, da auch weiterhin intensiv hinzuschauen.

- (B) Eines wissen wir nämlich ganz genau: Die Schere zwischen Arm und Reich klappt in Deutschland zu weit auseinander. Wir können gerne eine akademische Debatte darüber führen, ob sich der Gini-Koeffizient in den letzten Jahren noch ein bisschen verschlechtert hat, ob er ein ganz klein wenig besser geworden ist oder ob er eigentlich gleich geblieben ist. Fakt ist: Die Schere schließt sich nicht so, wie wir es uns wünschen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Katja Kipping [DIE LINKE])

Wir stehen im internationalen Vergleich vielleicht einigermassen da; gut stehen wir jedenfalls nicht da. Große Organisationen wie die OECD schreiben es uns und anderen Industrienationen ins Stammbuch: Nehmt die Verteilungsfrage wieder in den Blick, und zwar nicht nur aus rein moralischen Gründen, sondern auch aus reinem Eigennutz, aus ökonomischen Gründen; denn die ungleiche Verteilung behindert auch in einem gerüttelt Maß Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung. – Wenn viele Menschen keinen Zugang zu Bildung haben, dann beeinflusst das auch die wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft. Das hat zuletzt die OECD im letzten Jahr festgestellt. Ich denke, das wird sich auch im neuen Armuts- und Reichtumsbericht wiederfinden.

Ich kann mir an dieser Stelle eine Bemerkung zum Median und zur Armutsrisikoquote nicht verkneifen. Ich widerspreche dir nur ungern, Matthias Zimmer, aber: Wenn du jedem 5 000 Euro gibst, dann bedeutet das für die Verteilung, dass die Spreizung nicht mehr so groß ist wie vorher,

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, richtig!)

(C)

und dann – ich rechne es dir nachher gern vor – sinkt die Armutsrisikoquote.

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist jetzt nicht der Anlass, zu sagen, dass wir allen 5 000 Euro geben sollten. Aber über eine Verteilung nachzudenken, die mehr Gleichheit aufweist, macht in jedem Fall Sinn.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was ist von dem neuen, dem Fünften Armuts- und Reichtumsbericht zu erwarten? Ich finde schon, hier herrscht eine ganz andere Stimmung. Insofern habe ich mich über den Antrag ein Stück weit gewundert. Der neue Bericht soll Ende 2016/Anfang 2017 erscheinen. Eine der größten Veränderungen, die ich wahrnehme, ist die Transparenz. Der Beratungsprozess wird öffentlich stattfinden. Die Verbände werden eingebunden. Es steht schon jetzt fest, wer die Sachverständigen sind, die einbezogen werden. Das wird offen gelebt. Das ist erkennbar unter anderem an der Website; sie ist auch schon zitiert worden. Da finden sich die Schwerpunkte, da finden sich die Sachverständigen, und da finden sich alle Daten, die dahinterliegen, zum Anschauen – ganz im Sinne von Open Data. Insofern freue ich mich sehr auf die Debatte um den Armuts- und Reichtumsbericht.

(D) Es werden auch sehr interessante und wichtige Schwerpunkte gesetzt. Ein Thema sind die Auswirkungen atypischer Beschäftigung. Das ist für uns Sozialdemokraten ein ganz wesentliches Thema.

Ein zweites Thema ist die Relevanz von sozialräumlicher Segregation. Das ist wichtig, gerade wenn wir über Auswirkungen von Kinderarmut nachdenken. Wenn in eine Schule oder in eine Kita viele arme Kinder gehen, dann hat das natürlich dramatische Auswirkungen.

Ein Schwerpunkt liegt auf dem Thema Reichtum. Wie viel Einfluss auf Gesellschaft und Politik geht eigentlich mit wirtschaftlichem Reichtum einher? Eine ganz spannende Frage! Ich freue mich auf die gemeinsame Beantwortung dieser Frage und auf die weitere Debatte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Dr. Astrid Freudenstein, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Astrid Freudenstein (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor vier Monaten hat der Paritätische Wohlfahrtsverband seinen Armutsbericht vorgestellt. „Armut in

Dr. Astrid Freudenstein

- (A) Deutschland auf Höchststand“ stand darin als Fazit, und der Hauptgeschäftsführer sprach von einem „armutspolitischen Erdrutsch“. Viele Medien berichteten darüber, und viele haben dies quasi als Überschrift auch so übernommen.

Dieser Bericht vom Paritätischen Wohlfahrtsverband ist ein Ritual. Er kommt immer wieder heraus. Ich lese die Meldungen natürlich trotzdem, und sie schrecken mich zunächst auch auf. Ich habe dann darüber nachgedacht, wo die darin beschriebenen Zustände, diese angeblich massenhafte Verarmung, in unserem Land zutage treten. Ich war auch wieder ein bisschen ratlos. Aber ich war nicht die Einzige, der das so ging. Nach einigen Tagen setzte bei vielen ein Prozess des Nachdenkens ein. Immer mehr Journalisten, Wissenschaftler und Politiker schauten sich den Bericht offenbar genauer an und stellten dann tatsächlich auch kritische Fragen, ob das denn wirklich so sein kann, ob es tatsächlich so viele arme Menschen in Deutschland gibt. Was ist Armut überhaupt? Ist dieser Bericht nicht vielleicht auch von Interessen geleitet?

Ich möchte hier nicht über die Definition von Armut sprechen,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist das Problem!)

- (B) die diesem Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands zugrunde liegt. Ich möchte anhand dieses Beispiels nur zeigen, dass Zahlen und Statistiken unterschiedlich interpretiert und bewertet werden können. Das gilt nicht nur bei uns in der Politik; das gilt auch in der Wissenschaft. In den Sozialwissenschaften ist das sogar eine Art Grundprinzip. Deshalb wird jeder Bericht, egal ob er vom Paritätischen Wohlfahrtsverband oder von der Bundesregierung stammt, mit dem Vorwurf zu kämpfen haben, dass die Zahlen falsch interpretiert werden. Das liegt nahezu in der Natur der Sache.

Bei dem jetzt anstehenden Fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sind mit dem Beraterkreis und dem Gutachtergremium die wesentlichen Akteure, die wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure, beteiligt. Außerdem ist das zugrundeliegende Datenmaterial komplett offengelegt. Mehr Transparenz, meine Damen und Herren, meine ich, geht nicht. Man kann der Bundesregierung also beim besten Willen nicht vorwerfen, hier irgendetwas zu verschleiern. Eine unabhängige Kommission, wie Sie sie nun fordern, die mit „Interessenvertretungen der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Personen“ besetzt ist, wäre tatsächlich auch nicht wirklich völlig unabhängig. Was Sie verlangen, ist de facto – ich drücke es einmal so aus – ein sozialistisches Komitee zur Bekämpfung von Ungleichheit im kapitalistischen Deutschland –

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das haben Sie jetzt aber schön gesagt! – Beifall des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU])

– Sie hätten es kaum schöner sagen können, Herr Kollege –,

- (Katja Kipping [DIE LINKE]: Nein! Wir haben es schon viel schöner gesagt in unserem Zukunftsmanifest!) (C)

an dessen Erkenntnissen am besten keine Kritik geäußert werden darf, weil sie wohl eher die reine Wahrheit sind.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Meinungsfreiheit!)

Die Handlungsempfehlungen dieser Kommission sollten dann auch direkt von Regierung und Parlament übernommen werden, was im Übrigen nicht mit meinem Verständnis von demokratisch gewählten Parlamentariern übereinstimmt. Wir sind ja schließlich keine Erfüllungsgehilfen einer Antiarmutskommission.

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Ja!)

Meine Damen und Herren von der Linken, Sie bezeichnen soziale Ungleichheit als „Ausfluss des kapitalistischen Produktions- und Verteilungsprozesses“. Da fiel mir schon glatt die Situation Ende der 80er-Jahre in der DDR ein. Die dortigen, ja nun nicht so kapitalistischen Produktions- und Verteilungsprozesse hatten dazu geführt, dass ein Fünftel der Bevölkerung vier Fünftel des Vermögens besessen hat. Das mit der sozialen Gleichheit war Ihrer Vorgängerpartei also trotz des fehlenden Kapitalismus offenbar auch nicht wirklich gelungen.

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Wir haben halt gelernt! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Vorvorgängerpartei!)

- (D) Wenn wir heute über die Situation in Deutschland sprechen, meine ich, könnte man zumindest diese Antikapitalismusrhetorik einfach einmal weglassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Katja Kipping [DIE LINKE]: Wenn ich Antikapitalismusrhetorik mache, klingt das anders!)

Ungleichheit entsteht im Übrigen zwangsläufig immer und überall dort, wo Menschen etwas unternehmen, vor allem wenn sie wirtschaftlich etwas unternehmen. Es ist eben nicht so, dass Ungleichheit ausschließlich strukturell oder schicksalhaft eintritt. Ungleichheit ist tatsächlich auch die Konsequenz unterschiedlicher Bildungs- und Ausbildungsbereitschaft. Sie ist auch die Folge von unterschiedlichem Arbeitseinsatz und von unterschiedlichen Vorstellungen vom eigenen Leben. Unsere Aufgabe in der Politik ist es, diese Ungleichheiten, wie auch immer sie entstehen, abzufedern. Der soziale Friede und der gesellschaftliche Zusammenhalt, das sind die Ziele unserer Sozialpolitik. Es sind eben nicht diese idealisierten Vorstellungen absoluter Gleichheit. Ich meine, dass die soziale Marktwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten bewiesen hat, dass sie dafür der richtige Weg ist. Was verhindert wirklich Armut in unserem Land? Es ist Ausbildung, und es ist Arbeit, gute und ordentlich bezahlte Arbeit.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Arbeit einfach fair entlohnt wird, dann ändert sich auch schon mal viel!)

Dr. Astrid Freudenstein

- (A) Hier in Deutschland arbeiten immer mehr Menschen. Deshalb nimmt die Einkommensungleichheit auch nach und nach ab.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Tut sie nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Doch! – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie bleibt bestenfalls gleich!)

Das ist grundsätzlich eine gute Entwicklung. Auch mit Maßnahmen, die wir hier schon ergriffen haben, zum Beispiel mit dem Rentenpaket oder der Mütterrente, sinkt das Risiko für Frauen, im Alter arm zu sein. Sie sehen also: Wir nehmen Armut natürlich nicht einfach hin. Das darf Politik auch nicht. Aber ich kann mit Ihrem Gerechtigkeitsbegriff, der allein auf Gleichmacherei und Umverteilung setzt, wenig anfangen. Wir leben heute in einem sozialen Rechtsstaat. Nicht nur die ganz große Mehrheit der Menschen in unserem Land, sondern auch viele Theoretiker sehen vor allem die Chancengerechtigkeit als ganz entscheidend für unsere Zukunft an. Genau dafür müssen wir sorgen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist nämlich völlig unstrittig, dass jedes Kind in unserem Land ganz nach seiner Begabung bestmöglich gefördert werden muss, ganz egal, aus welchem Elternhaus es kommt. Es ist auch völlig unstrittig, dass jeder Jugendliche, der ausbildungsfähig und ausbildungswillig ist, eine Ausbildung bekommen muss. Das ist mein

- (B) Verständnis von Gerechtigkeit. Mit Ihren Umverteilungsideen hat das wenig zu tun. Ich meine auch, dass der Armuts- und Reichtumsbericht dafür nicht herhalten muss.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Kollegin Dagmar Schmidt, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dagmar Schmidt (Wetzlar) (SPD):

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Was macht Armut mit Menschen? Sie haben eine schlechtere Gesundheit und leben kürzer. Armut grenzt aus. Am schlimmsten betrifft es die Kinder: Jedes fünfte Kind ist arm. Arm sein, was heißt das? Laut WSI oder IAB ist es so, dass jedes fünfte arme Kind in der Wohnung nicht ausreichend Platz hat, jedes dritte bekommt keine Brille und keine neue Kleidung bezahlt. Sieben von zehn armen Kindern können kein Kino, Konzert oder Theater und acht von zehn kein Restaurant besuchen. Sie sind also nicht dabei, wenn ihre Freundinnen und Freunde ihre Freizeit gestalten. Sie können das normale soziale

- Leben ihrer Klassenkameradinnen und -kameraden nicht teilen. Das ist eines reichen Landes unwürdig. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben die Lage beschrieben, wie sie nicht einmal in dem auch von uns scharf kritisierten Vierten Armuts- und Reichtumsbericht geleugnet wurde.

Deutschland ist ein starkes und reiches, aber in manchen Bereichen und für viele Menschen auch ein ungerechtes Land. Die Vermögensentwicklung ist zunehmend ungleicher, die Lohnentwicklung blieb hinter der Produktivitätsentwicklung zurück. Der Druck auf die Mittelschicht nahm zu und damit auch der Druck auf den Sozialstaat insgesamt. Das Auseinanderdriften der Einkommen und Vermögen, der anwachsende Niedriglohnssektor gefährden den gesellschaftlichen sozialen Zusammenhalt und sind ökonomisch riskant. Deswegen haben wir nicht lange darüber diskutiert, wie der alte Armuts- und Reichtumsbericht aussah, sondern wir haben gehandelt. Wir haben zuallererst den Arbeitsmarkt ins Visier genommen und mit dem Mindestlohn erstmals in Deutschland eine untere Entlohnungsgrenze eingezogen, eine der größten deutschen Sozialreformen, die 3,7 Millionen Menschen geholfen hat. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der SPD)

Aber damit allein ist es nicht getan. Wir brauchen wieder starke Tarifpartner und gerechte Löhne. Deswegen haben wir mit der Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung, der Öffnung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes Wichtiges getan. Aber auch mit der Stärkung der Tariftreue im Vergabegesetz werden wir für bessere Löhne sorgen. Und wie Sie sich vorstellen können, sind wir auch darauf sehr stolz.

Es gibt nicht den einen Hebel zur Armutsbekämpfung, aber wir nehmen die verschiedenen Armutsrisiken ins Visier.

Das erste Armutsrisiko ist Arbeitslosigkeit, vor allem Langzeitarbeitslosigkeit. Hier nehmen wir uns einiges vor. Der Weg in Arbeit soll nachhaltig sein. Deswegen gibt es jetzt mehr Beratung, Begleitung und Zielgenauigkeit. Wir legen einen Schwerpunkt auf Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Menschen, die Kinder versorgen.

Das zweite große Armutsrisiko ist eine fehlende Berufsausbildung. Mit der Allianz für Aus- und Weiterbildung lassen wir der Wirtschaft das Argument, „die sind alle nicht ausbildungstauglich“, nicht mehr durchgehen. 20 000 zusätzliche Ausbildungsplätze sind eine Hausnummer. Die assistierte Ausbildung ist für viele junge Menschen eine wichtige Stütze auf dem Weg ins Berufsleben. Wir setzen die Einstiegsqualifizierung, die große Erfolge gezeitigt hat, mit 20 000 Plätzen jährlich fort, und wir stärken die Berufsorientierung, die Weiterbildung und die Nachqualifizierung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D)

Dagmar Schmidt (Wetzlar)

- (A) Wir wollen die zweite, manchmal auch die dritte oder vierte Chance; denn das ist allemal mehr wert, als die Transferleistung für den Einzelnen und für die Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Krankheit ist ein weiteres Armutsrisiko. Deswegen haben wir mit dem Rentenpaket auch für Verbesserungen in der Erwerbsminderungsrente gesorgt. Aber wir stärken vor allem – und das nicht nur mit dem Präventionsgesetz – die Gesundheitsprävention insgesamt. Gesundheitsschutz ist Armutsprävention, auch daran arbeiten wir.

Ich komme zu einem besonders skandalösen Armutsrisiko: alleinerziehend zu sein oder viele Kinder zu haben. Drei Dinge brauchen Familien: Geld, Zeit und gute Betreuung. Deswegen erhöhen wir zur finanziellen Besserstellung von Familien den Kinderfreibetrag, das Kindergeld und den Kinderzuschlag. Wir hätten uns das alles schneller und auch mehr vorstellen können.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Zweiklassengesellschaft für Kinder!)

Es war uns aber besonders wichtig, endlich den Steuerfreibetrag für Alleinerziehende zu erhöhen. An dieser Stelle ein Dankeschön an Manuela Schwesig, dass sie nicht nachgelassen hat und die Erhöhung des Steuerfreibetrages für Alleinerziehende durchsetzen konnte.

(Beifall bei der SPD – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Davon haben die Armen nicht so viel!)

(B)

Mehr Zeit, das heißt Zeit für Kinder und trotzdem ein sicheres Auskommen. Den Weg beschreiten wir mit dem Elterngeld Plus. Das heißt aber auch, zwischen Teilzeit und Vollzeit frei wählen zu können. Deswegen werden wir das Rückkehrrecht in Vollzeit gesetzlich verankern.

(Beifall bei der SPD)

Um arbeiten zu gehen und die Familie ernähren zu können, muss die Betreuung stimmen. Deswegen haben wir in Betreuung investiert und das Sondervermögen Kinderbetreuungsfinanzierung auf 1 Milliarde Euro angehoben.

Ja, Deutschland ist ein starkes und reiches Land, aber eben auch in manchen Bereichen und für viele Menschen ein ungerechtes. Ich bin stolz darauf, dass wir es in den ersten anderthalb Jahren der Großen Koalition geschafft haben, Deutschland gerechter zu machen.

Glück auf!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Die Aussprache ist damit beendet.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/5109 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit ein-

verstanden? – Ich sehe, das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen. (C)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 11 auf:

Vereinbarte Debatte

Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika – Perspektiven für unseren Nachbarkontinent

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Auch hier höre ich keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Bundesminister Dr. Gerd Müller für die Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe gerade gesagt: Jetzt, wo es spannend wird, verlassen viele den Saal. Aber es sind auch viele gekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Qualität statt Quantität!)

– Liebe Frau Roth, auch für Sie gilt: Die Geschichte der Menschheit hat in Afrika begonnen.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da bin ich mir nicht so sicher!)

(D)

Äthiopien gilt als die Wiege der Menschheit. Das war vor 6 Millionen Jahren. Wir sind nur einen Flügelschlag auf diesem Planeten. Denken Sie an Lucy, das bekannte, 3,2 Millionen Jahre alte Skelett in Addis Abeba; einige von uns fahren demnächst dorthin. Von Äthiopien, von Afrika aus haben sich unsere Vorfahren über den Planeten verbreitet. Wir sind also letztlich alle Afrikaner mit Migrationshintergrund.

Warum erzähle ich das? Ich erzähle das, weil in unserem Reden über Afrika unser Nachbar immer sehr fern erscheint und weil wir viel zu wenig darüber wissen, was uns verbindet. Dabei hat gerade Europa Afrikas Geschichte entscheidend geprägt: der Sklavenhandel, der Menschen zu Objekten gemacht hat und der heute noch nachwirkt, und die willkürlichen Grenzen der Kolonialherren. Ein Grundstein hierfür wurde übrigens vor 130 Jahren durch die Berliner Konferenz von 1885 gelegt. Das ist hochspannend. Das liegt noch nicht so lange zurück.

Wir reden von Afrika und vergessen: Der Kontinent ist hundertmal so groß wie Deutschland. Er hat 54 Länder, mehr als 2 000 Sprachen, Tausende von Bevölkerungsgruppen, Ethnien, Stämme und Religionen, eine vielfältige Kultur, interessante Kunst, verschiedene Klimazonen – Wüste und Regenwald –, Pflanzenreichtum und Artenvielfalt von großartiger Bedeutung, Seen, Flüsse und das Meer. Und die Größe: Allein Algerien und Libyen sind zusammen, verehrte Gäste auf der Tribüne, so groß wie die gesamte Europäische Union.